



aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

„Es darf keinen Schlussstrich geben!“

Gedenkstunde zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Deutschen Bundestag

Zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der Bundestag in einer Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Ehrengast war der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin, der Deutschland für seine Anstrengungen im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus dankte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beteuerte: „Wir werden nicht vergessen. Wir stehen an der Seite Israels.“

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sagte zur Eröffnung der Gedenkstunde: „Auschwitz erinnert daran, wie verführbar wir Menschen sind, wie zerbrechlich unsere Zivilisation ist, wie schnell unsere humanistische Substanz Schaden nimmt; wie angreifbar ihr ethisches Fundament bleibt, wenn wir es nicht verteidigen.“ Er gedachte der Millionen Opfer und der Überlebenden, die seelisch zerbrochen sind. Die Verantwortung, Konsequenz und Lehre aus den Gräueltaten der Nationalsozialisten zu ziehen, übernehme jede Generation neu, sagte Schäuble.

Der Bundestagspräsident prangerte an, dass es immer wieder Versuche gab und erneut gibt, die Verbrechen kleinzureden oder umzudeuten. „Das wird nicht gelingen“, versprach er. Denn es gehöre zum gesellschaftlichen Grundkonsens, die historische Verantwortung für die NS-Verbrechen anzunehmen. Sie sei konstitutiv für das Selbstverständnis unseres Landes. „Wer an diesem Fundament rüttelt, wird scheitern.“

„Es darf keinen Schlussstrich geben“

Auch Bundespräsident Steinmeier betonte, es gehöre zum Selbstverständnis aller Deutschen, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Seine Sorge sei aber, „dass wir die Vergangenheit inzwischen

besser verstehen als die Gegenwart“. Denn der alte Ungeist sei nicht vergangen, sagte er unter Verweis auf den Anschlag von Halle, auf Anfeindungen gegen Juden, auf Drohungen gegen Politiker, auf Hass und Hetze im öffentlichen Diskurs. „Die bösen Geister zeigen sich in neuem Gewand“, warnte er und forderte: „Deshalb darf es keinen Schlussstrich geben.“ Dass Rivlin in der Gedenkstunde des Bundestages sprach, nannte Steinmeier ein Geschenk. „Ihre Anwesenheit ist ein Zeichen der Verbundenheit zwischen unseren beiden Ländern. Ich verstehe es als Verpflichtung, uns der Hand, die Israel uns gereicht hat, würdig zu erweisen.“ Die Versöhnung sei eine Gnade, die man nicht habe erhoffen dürfen.

Für den jüdischen Staat Israel unterstrich Staatspräsident Rivlin: „Wir wissen die Anstrengungen zu schätzen, die Deutschland seit Adenauer unternimmt, um Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen.“ Er selbst habe kein Patentrezept gegen beides, aber „gemeinsam müssen wir mit unseren Werten dagegen ankämpfen, dass Antisemitismus und Fremdenhass zur Vernichtung der Menschlichkeit führt“. Er wünsche sich, dass Deutschland auch in den kommenden Jahrzehnten ein Beispiel für historische Verantwortung und Toleranz sein werde.

Deutschland und Israel als wahre Partner

Rivlin erklärte: „Ich stehe hier, um Ihnen zu sagen, dass der Staat Israel und Deutschland wahre Partner sind.“ In diesem Zusammenhang dankte er auch Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Führungsrolle, die Deutschland beim Schutz liberaler Werte weltweit einnehme. Merkel nahm wie weitere ranghohe Gäste und Überlebende der Shoah an der Veranstaltung im Bundestag teil.

Koalition unterstützt die Landwirte

Mit der sog. „Bauernmilliarde“ werden unsere Landwirte dabei unterstützt, die Anforderungen an die EU-Düngeregelungen umzusetzen. Das hat der Koalitionsausschuss am Mittwoch beschlossen. Damit sollen Härten vermieden werden. Seit Jahren geht die EU-Kommission gegen zu hohe Nitratwerte im Grundwasser vor, die in vielen EU-Staaten durch die intensive Landwirtschaft verursacht werden. Auch Deutschland ist daher zu Einschränkungen beim Ausbringen von Gülle gezwungen. Für viele Landwirte bedeutet dies, dass Gülle gelagert und entsorgt werden muss. Dabei werden sie nun in den kommenden vier Jahren durch insgesamt eine Milliarde Euro vom Bund unterstützt. Das ist ein Zeichen der Anerkennung und des Respekts für unsere Landwirte, die nicht nur hochwertige Lebensmittel erzeugen, sondern zugleich die Landschaft pflegen und viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum bieten. Dem wollen wir eine Zukunft geben.

Koalition unterstützt den Strukturwandel

Aktuell befinden sich einzelne Branchen der deutschen Industrie in einer Schwächephase. Besonders betroffen sind Teile der Automobilindustrie und hier vor allem die Zulieferer. Eine deutschlandweite Rezession droht glücklicherweise nicht. Daher ist es auch nicht notwendig, die weitreichenden Regelungen zur Ausweitung der Kurzarbeit, die in der letzten schweren Wirtschaftskrise 2009/10 eingeführt wurden, nun erneut zu beschließen. Um den betroffenen Betrieben trotzdem zu helfen, hat die Koalition am Mittwoch gesetzliche Anpassungen beim Kurzarbeitergeld und im Qualifizierungschancengesetz beschlossen ohne dabei die Regelungen aus der Wirtschaftskrise 1:1 zu übernehmen. Neu ist, dass wir jetzt stärker denn je die Kurzarbeit mit der Qualifizierung von Beschäftigten verknüpfen. Auch eine hälftige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge ist bei einer Qualifizierung möglich. Damit stellen wir die richtigen Weichen zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir sichern so hunderttausende Arbeitsplätze und helfen Beschäftigten und Unternehmen bei der Bewältigung des Transformationsprozesses. Auch

die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, sich hier zu engagieren.

Steuerrecht soll Innovationen fördern

Zugleich hat sich der Koalitionsausschuss auch auf eine mittelstands- und innovationsfreundlichere Ausgestaltung des Steuerrechts geeinigt. Kleine und mittelständische Unternehmen sind der Motor der deutschen Wirtschaft. Es liegt deshalb in unser aller Interesse, dass sie den digitalen Wandel erfolgreich gestalten können und nicht abgehängt werden. Doch im Gegensatz zu Großbetrieben investieren sie noch verhältnismäßig wenig in die Digitalisierung. Deshalb soll der Abschreibungskatalog so geändert werden, dass mehr Anreize für die Investition in digitale Güter entstehen. Damit unterstützen wir die mittelständische Wirtschaft dabei, sich an die Digitalisierung anzupassen und international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Gesetz zur Errichtung der „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“

Das Gesetz schafft die Grundlage für die „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“. Geregelt werden unter anderem Rechtsform, Stiftungszweck, die Organe der Stiftung und deren Vermögen. Die Stiftung wird dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen zu stärken und zu fördern. Hierzu soll die Stiftung unter anderem Serviceangebote und Informationen bei der Organisationsentwicklung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bereitstellen.

Bundestag macht Weg für milliardenschwere ÖPNV-Förderung frei

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche zwei Gesetze für eine milliardenschwere Förderung des ÖPNV verabschiedet. So erhalten die Länder mit der Änderung des Regionalisierungsgesetzes in den Jahren 2020 bis 2025 zusätzlich mehr als 5,2 Milliarden Euro. Damit haben die Länder die Möglichkeit, die Attraktivität der ÖPNV-Nutzung zu steigern.